



Spanien und Katalonien für eine Europäische Regelung für Bioabfälle

Das Spanische Ministerium für Umwelt und ländlichen Raum und die Abteilung für Umwelt und Wohnen in Katalonien mit der Katalonischen Abfallagentur haben im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft Spaniens eine Konferenz organisiert, um den Bedarf für einheitliche Rahmenbedingungen zur Bioabfallwertung in Europa aufzuzeigen. Die mit 400 Teilnehmern ausgebuchte Veranstaltung wurde gemeinsam von der spanischen Staatssekretärin Teresa Ribera Rodríguez für Umwelt und dem katalonischen Umweltminister Francesc Baltasar eröffnet.

Anlass für die Veranstaltung bietet die EU-Abfallrahmenrichtlinie (2008/98/EC) in der von den Mitgliedstaaten Maßnahmen gefordert werden, um

- die separate Sammlung von Bioabfall für Kompostierung oder Vergärung voranzutreiben,
- die Bioabfallbehandlung unter höchsten Umweltstandards durchzuführen und
- die Verwertung von umweltfreundlichen Komposten bzw. Gärrückständen zu gewährleisten.

Darüber hinaus wird die EU-Kommission aufgefordert eine Folgenabschätzung für die Behandlung von Bioabfall mit Blick auf zukünftige europaweite rechtliche Regelungen für Bioabfall durchzuführen.

EU-Parlament auf Kurs

Die mittlerweile seit 10 Jahren anhaltende Bioabfall-Diskussion in Europa zeigt, dass die Mitgliedstaaten der EU gemeinsame Regeln brauchen, um die Ansprüche bezüglich Bioabfall-Management und Integration des Themas in Energie- und Bodenschutzregelungen zu erfüllen. Als Vertreter des Europäischen Parlaments sprach der Berichterstatter des Umweltausschusses Herr José Manuel Fernandes. Er sieht den dringenden Bedarf für eine einheitliche europäische Lösung und versteht Initiativen, die gegen eine einheitliche Regelung sind, nicht. Auf Initiative von Herrn Fernandes fand am 2. März 2010 eine Veranstaltung im Europäischen Parlament zum Thema „Bioabfallbehandlung – was kommt?“ unter Teilnahme von Interessensvertretern sowie Vertretern der Mitgliedstaaten und der Kommission statt (Infos unter <http://www.eppgroup.eu>).

(Fortsetzung von Seite 1)

EU Kommission zögert immer noch

Die EU-Kommission wurde durch die Direktorin für Industrie in der Generaldirektion für Umwelt Frau Soledad Blanco präsentiert. Frau Blanco verwies auf die Notwendigkeit, Ergebnisse des „Impact Assessments“ abzuwarten, richtig auszuwerten und dann umzusetzen. Viele Teilnehmer gaben Frau Blanco mit auf den Weg, dass die Argumente für die getrennte Sammlung und Behandlung von biogenen Abfällen ausreichen um eine „EU-Bioabfallrichtlinie“ zu etablieren.



José Manuel Fernandes (Berichterstatter des Umweltausschusses im EP), John Van Haff (Vertreter der Biowaste Alliance/FEAD), Mieke de Schoenmaekere (Vertreterin der Biowaste Coalition, Flämische Abfallbehörde), Soledad Blanco (EU Kommission, Generaldirektion Umwelt), Ana Rodríguez-Cruz (Umweltministerium Spanien)

EU-Bioabfallrichtlinie erneut gefordert

Sowohl Vertreter der Biowaste Alliance (ACR+, ECN, EBA, EEB, FEAD, ISWA, RREUSE) und zahlreiche Vertreter der Mitgliedstaaten bekräftigten ihre Position, dass eine europaweite Regelung für Bioabfall erforderlich ist. Diese würde in allen und insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten der EU dazu beitragen, dass die Ziele der Deponierichtlinie erreicht würden. Nicht unwesentlich ist, dass durch eine verbindliche Regelung für die Behandlung von Bioabfall der Weg hin zu einer nachhaltigen Abfallbewirtschaftung bereitet wird und Investitionssicherheiten gegeben werden, was durch den Vertreter Herr Cestmir Hdrinka des ungarischen Umweltministeriums unterstrichen wurde.

Im Fokus zahlreicher Vorträge stand auch der Nutzen und die Qualität von Kompost. Eine EU-Bioabfallrichtlinie, in der Anforderungen an die Eingangsmaterialien, die Prozess- und Kompostqualität definiert werden, ist für einen europaweiten Markt für hochwertige Kompostprodukte unumgebar. Die separate Sammlung spielt dabei eine wesentliche Rolle. Eine Forderung auch Kompost aus der Behandlung von gemischten Abfällen in eine EU-Regelung mit einzubeziehen, kam nur aus Frankreich, die Diskussionen haben jedoch gezeigt, dass dazu auch in Frankreich keine einheitliche Meinung existiert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es eine breite Unterstützung für einheitliche Regelungen zur getrennten Sammlung und Behandlung von biogenen Abfällen in Europa gibt.



Schlussfolgerung veröffentlicht

Zum Abschluss der Veranstaltung haben Spanien und Katalonien eine gemeinsame Schlussfolgerung veröffentlicht, in der sie eine EU-weite Richtlinie für Bioabfall fordern, in der die spezifischen Elemente, wie separate Sammlung, Anforderungen an die Behandlung, Qualitätsstandards für die umweltverträgliche Nutzung von Kompost und Qualitätssicherungssysteme, enthalten sind.

Die Beiträge der Tagung sowie die Schlussfolgerungen können unter www.arc.cat heruntergeladen werden. (SI/HM)

EU-Kommission

Folgenabschätzung über die Behandlung von Bioabfall veröffentlicht

Anfang März hat die EU-Kommission die in Auftrag gegebene Folgenabschätzung (Impact Assessment) zur Verbesserung der Behandlung von Bioabfall auf europäischer Ebene auf ihrer Homepage veröffentlicht. In den EU News 04_2009 haben wir über die Inhalte des zur Vorab-Konsultation ausgesendeten Entwurfsberichts berichtet. Der Endbericht kommt zum Ergebnis, dass das Recycling von separat gesammelten Bioabfällen die bestmögliche Verwertungsoption darstellt.

Der veröffentlichte Endbericht dient nun der EU-Kommission als Hintergrundstudie in ihrer Entscheidungsfindung, welche legislativen Maßnahmen auf europäischer Ebene ergriffen werden müssen, um die Behandlung von Bioabfall europaweit zu verbessern. Gegenstand der Studie ist die Beurteilung bzw. Abschätzung der potentiellen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die durch verschiedene politische Maßnahmen hervorgerufen werden.

Für die verschiedenen Untersuchungsszenarien wurde angenommen, dass die Vorgaben der Deponierichtlinie bezüglich der Ablagerung von biologischen Abfällen in den Mitgliedstaaten erfüllt werden. Darüber hinaus wurden die demographische Entwicklung sowie die Entwicklung des Abfallaufkommens bis zum Jahr 2020 in den Mitgliedstaaten für die Beurteilung herangezogen:

Untersuchungsszenarien der EU-Folgenabschätzung für Bioabfall		
Szenario 1	EU-weiter Kompoststandard	
Szenario 2/2a	Hohe Vermeidung- und Recyclingquote	7,5 % Abfallvermeidung, 90 % Recycling der Grünabfälle, 60 % Recycling der Nahrungsabfälle
Szenario 2a		Optimierte Behandlungsoption zur Einsparung von Treibhausgasen
Szenario 3/3a	Niedrige Recyclingquote	Keine Abfallvermeidung, 36,5 % Recycling
Szenario 3a		Optimierte Behandlungsoption zur Einsparung von Treibhausgasen
Baseline	Ziele der Deponierichtlinie erfüllt	Reduktion des biologisch abbaubaren Abfalls, der deponiert wird, um 35 %

Anforderungen an EU-weiten Kompoststandard formuliert

Die Studie enthält ein detailliert ausgearbeitetes Kapitel über die Anforderungen an einen EU-weiten Kompoststandard und welche Auswirkungen dieser auf die Kompostproduktion in den einzelnen Mitgliedstaaten hat (Szenario 1). Für diesen Kompoststandard werden in der Studie Grundannahmen festgelegt, wie sie im ECN-Bericht „Compost Production and Use in the EU“, der im Rahmen des End-of-Waste-Projektes 2008 erarbeitet wurde, beschrieben werden. Wesentliche Kriterien sind die separate Sammlung von Bioabfall und die Schaffung eines marktfähigen Produktes. Die Etablierung eines europaweiten hohen Qualitätsstandards für Kompost, der einer Qualitätskontrolle unterliegt, wird in der Studie als ein erfolversprechendes Element angesehen, das zur Entwicklung einer „Recycling-Gesellschaft“ in Europa beiträgt und die Kompostierung fördert. Darüber hinaus stärkt die Definition eines EU-weiten Kompoststandards den Bioabfallsektor und unterstützt den Aufbau eines EU-weiten Marktes für Kompost.

“A controlled high quality standard establishes organics and compost as successful elements of the intended EU Recycling Society and facilitates composting. A European definition what a good quality is will help the whole biowaste sector and establish compost markets sustainably.”

(Source: ARCADIS/EUNOMIA; 2010: Assessment of the Options to Improve the Management of Bio-Waste in the European Union. p. 200)

(Fortsetzung auf Seite 4)

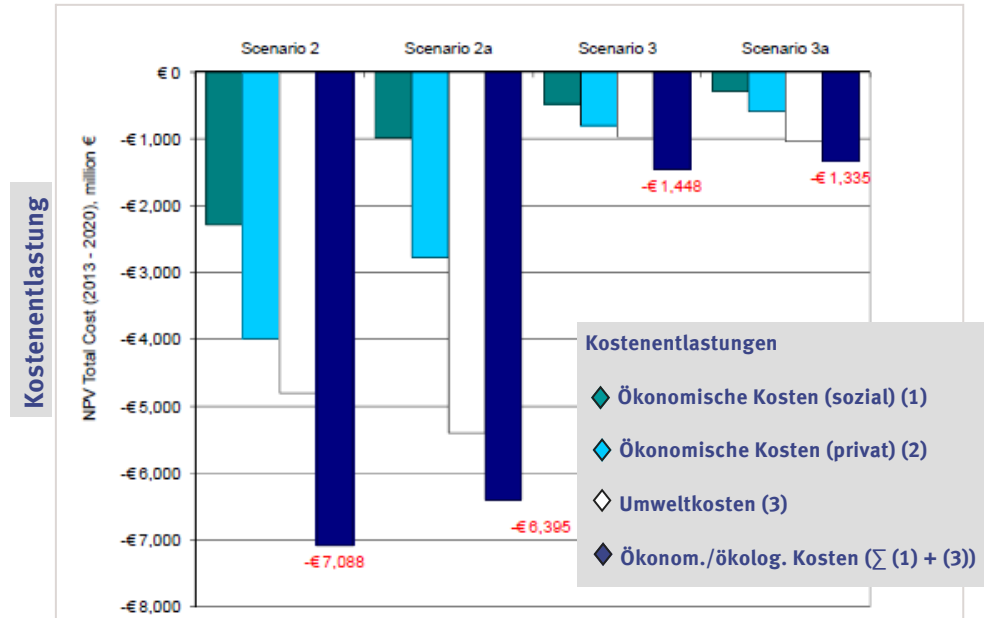


Abbildung 1: Ökonomische und ökologische Kostenentlastungen der verschiedenen Szenarien für die EU 27 in Millionen Euro für den Zeitraum 2013 bis 2020 [Kostenentlastung ausgedrückt als aktueller Nettowert (Net Present Value - NPV)]; (Baseline: Ziele der Deponierichtlinie erfüllt; Quelle: ARCADIS/EUNOMIA 2010)

Recycling von Bioabfall ist die beste Option

Die Studie kommt zum Ergebnis, dass bei Betrachtung der ökologischen und ökonomischen und sozialen Aspekte das Szenario 2 am Besten abschneidet (Abb. 1). Beim Szenario 2 wird angenommen, dass 7,5 % des Abfalls vermieden wird, 60 % der Nahrungsabfälle und 90 % der Grünabfälle bis 2020 erfasst und behandelt werden. Als Behandlungsoptionen werden die Kompostierung und Vergärung für Bioabfälle betrachtet. Im Vergleich zum Szenario 2 nehmen die Einsparungen für Umweltschäden (2) beim Szenario 2a, bedingt durch die Reduktion von Treibhausgasemissionen durch die ausschließliche Vergärung der Nahrungsabfälle, um 12 Prozent zu. Demgegenüber steigen die ökonomischen Kosten (1 und 2) bei dieser Behandlungsoption an. Auch in den Szenarien 3/3a, in denen keine Abfallvermeidung stattfindet und nur 36,5 % des biologisch abbaubaren Abfalls erfasst werden, nehmen die Kosten gegenüber der Beseitigung von Bioabfällen ab. Diese liegen jedoch im Vergleich zu den hohen Recyclingquoten für Bioabfall in den Szenarien 2 und 2a deutlich niedriger. Insgesamt werden beim Ausbau des Recyclings von separat gesammelten Bioabfällen im Szenario 2 im Zeitraum von 2013 bis 2020 mehr als 7 Milliarden Euro eingespart.

Welche politischen Maßnahmen sind erforderlich?

In der Folgenabschätzung erfolgt keine Bewertung, welche politischen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele auf EU-Ebene erforderlich sind. Die Ergebnisse zeigen lediglich, dass sowohl ökonomische als auch ökologische Vorteile durch die Abfallvermeidung, die separate Sammlung und das Recycling von Bioabfällen erzielt werden.

Als mögliche Maßnahmen schlagen die Autoren vor

- Regelungen für die separate Sammlung zu erlassen,
- Recyclingziele in Hinblick auf Kompostierung und Vergärung zu definieren,
- Reduzierungsziele für Restabfall zu definieren,
- Kampagnen zur Reduktion von Nahrungsabfällen durchzuführen,
- Deponie- und Verbrennungssteuern und -verbote für Bioabfälle zu erlassen.

Ausblick

In Hinblick auf den Fortgang der Diskussion der Behandlung von Bioabfällen auf europäischer Ebene ist zu hoffen, dass die Kommission die Ergebnisse zum Anlass nimmt eine europäische Regelung für Bioabfall auf den Weg zu bringen.

Die Folgenabschätzung „Assessment of the Options to Improve the Management of Bio-Waste in the European Union“ kann auf der Homepage der EU unter <http://ec.europa.eu> heruntergeladen werden. (SI)

Nur 17 % der Siedlungsabfälle in 2008 kompostiert

In der EU27 wurden 524 kg Siedlungsabfall¹ pro Person im Jahr 2008 erzeugt. Von diesen Abfällen wurden 40% deponiert², 20% verbrannt³, 23% recycelt⁴ und 17% kompostiert⁵. Die durchschnittliche Menge der erzeugten kommunalen Abfälle in der EU27 blieb so gut wie unverändert gegenüber 2007 (525 kg pro Person).

Das Aufkommen von Siedlungsabfällen variiert beträchtlich zwischen den Mitgliedsstaaten. Diese Unterschiede sind hauptsächlich auf unterschiedliches Konsumverhalten zurückzuführen und zu einem geringeren Teil auf die Gegebenheit, dass bestimmte Mitgliedstaaten nicht nur erzeugte Abfälle von Haushalten sondern auch von kleineren Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen mit einbeziehen.

Mehr als 700 kg Abfall pro Person wurden im Jahr 2008 in Dänemark, Irland, Zypern und Luxemburg erzeugt. Für Malta, die Niederlande und Österreich lagen die Werte zwischen 600 und 700 kg und für Deutschland, Estland, Spanien, Frankreich, Italien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich zwischen 500 und 600 kg pro Person. Es folgten Belgien, Bulgarien, Griechenland, Litauen, Ungarn, Portugal und Slowenien mit einem Abfallaufkommen von 400 bis 500 kg pro Person. Die niedrigsten Werte, weniger als 400 kg pro Person, wurden in der Tschechischen Republik, Lettland, Polen, Rumänien und der Slowakei beobachtet.

Hohe Recyclingquoten in Deutschland, den Niederlanden und Österreich

In Österreich, Deutschland und den Niederlanden wurden zwischen 60% und 70% der Siedlungsabfälle recycelt oder kompostiert.

Die Methoden der Abfallbehandlung unterscheiden sich deutlich zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedsstaaten mit dem höchsten Anteil an deponierten kommunalen Abfällen im Jahr 2008 waren Bulgarien (100% der behandelten Abfälle), Rumänien (99%), Malta (97%), Litauen (96%) und Lettland (93%).

Die höchsten Anteile der Verbrennung kommunaler Abfälle wurden in Dänemark (54% der behandelten Abfälle), Schweden (49%), den Niederlanden (39%), Belgien und Luxemburg (je 36%), Deutschland (35%) und Frankreich (32%) verzeichnet. In zehn Mitgliedsstaaten lag der Anteil der Abfallverbrennung bei 1% oder darunter.

Recycling und Kompostierung von Siedlungsabfällen war am meisten verbreitet in Österreich (70% der behandelten Abfälle), Deutschland (65%), den Niederlanden (60%) und Belgien (39%). In sieben Mitgliedsstaaten wurden weniger als 10% der Abfälle recycelt oder kompostiert.

Die Bedeutsamkeit dieser beiden Behandlungsarten unterscheidet sich wesentlich zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedsstaaten mit der höchsten Recyclingrate von kommunalen Abfällen waren Deutschland (48% der behandelten Abfälle), Belgien und Schweden (je 35%), Irland und die Niederlande (je 32%) und Slowenien (31%). Kompostierung von Siedlungsabfall war am meisten verbreitet in Österreich (40%), Italien (34%), den Niederlanden (27%), Belgien (25%), Spanien und Luxemburg (je 20%).

Weitere Informationen erhalten Sie auf der Webseite von [EUROSTAT](#) unter Statistiken/ Umwelt/[Environmental Data Centre on Waste](#). (PM EUROSTAT 19/03/2010; SI)

¹ Siedlungsabfälle bestehen zu einem großen Teil aus Abfall, der von Haushalten erzeugt wird. Sie können ebenfalls ähnliche Abfälle umfassen, die von kleineren Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen erzeugt werden und von den Gemeinden eingesammelt werden. Dieser Teil der kommunalen Abfälle kann von Gemeinde zu Gemeinde und von Land zu Land, je nach lokalem Abfallentsorgungssystem, variieren.

² Deponierung ist definiert als die Ablagerung von Abfällen im oder auf dem Boden, einschließlich der Lagerung auf speziell angelegten Deponien sowie der vorübergehenden Lagerung für länger als ein Jahr.

³ Verbrennung bedeutet thermische Behandlung von Abfällen in einer Müllverbrennungsanlage.

⁴ Recycling ist jedes Verwertungsverfahren durch das Abfallmaterialien zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen wiederverarbeitet werden, entweder für den ursprünglichen oder für andere Zwecke.

⁵ Kompostierung ist die Behandlung biologisch abbaubarer Stoffe.

EU-Ratspräsidentschaft 2010

Spanien übernahm Anfang des Jahres für sechs Monate den Vorsitz der Europäischen Union. Darauf folgen Belgien und Ungarn.

Mit dem im Dezember in Kraft getretene Lissabon-Vertrag haben sich eine ganze Reihe von Veränderungen ergeben, die der EU helfen sollen, effizienter Beschlüsse zu fassen und auf der internationalen Bühne eine wichtige Rolle zu spielen. Dazu gehört die Umgestaltung des halbjährlich wechselnden Vorsitzes im Hinblick auf eine enge Zusammenarbeit mit den Nachfolgern sowie den beiden neu geschaffenen Ämtern, d.h. dem EU-Präsidenten Herman Van Rompuy, und der EU-Außenministerin Catherine Ashton.

Programm der spanischen EU-Präsidentschaft

Auf der Agenda der spanischen Ratspräsidentschaft steht die Bewältigung der Wirtschaftskrise, die Sicherung der Energieversorgung und Fortschritte bei Bekämpfung des Klimawandels. Neben dem Klimaschutz strebt die spanische Ratspräsidentschaft an, Akzente auf den Gebieten der Biodiversität, der Bekämpfung der Desertifikation, der nachhaltigen Wassernutzung, der Luftqualitätsverbesserung und der Abfallbewirtschaftung zu setzen. Die Arbeiten für eine nachhaltige Nutzung von Bioabfällen sollen vorangetrieben werden. Das Programm der spanischen EU-Ratspräsidentschaft kann in Englisch unter folgendem Link herunter geladen werden:

<http://www.eu2010.es>

18-Monats-Programm des Rates

Darüber hinaus verlangt der Lissabon-Vertrag, dass der jeweilige EU-Vorsitz eng mit den beiden Ländern zusammenarbeitet, die als nächstes mit dem Vorsitz an der Reihe sind. Der aktuelle „Dreivorsitz“ aus Spanien, Belgien und Ungarn hat ein gemeinsames Programm für 18 Monate ausgearbeitet. Themen des Umweltschutzes sollen in die einschlägigen Politikbereiche, wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft einbezogen werden.

Die Umweltpolitik des Rates soll sich auf folgende Arbeitsschwerpunkte konzentrieren:

- Klimawandel: Umsetzung des Klima- und Energiepakets unter Berücksichtigung der Nutzung von Biomasse zur Sicherung der Energieversorgung.
- Biologische Vielfalt: Gefahr von invasiven gebietsfremden Arten, Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt und die natürlichen Ressourcen, Veröffentlichung des Grünbuchs zum Schutz von Wäldern gegen Feuer, Sturm und Dürren.
- Umwelt und Gesundheit: Voranbringen der Arbeiten in Bezug auf die nationalen Emissionshöchstgrenzen für die wichtigsten Luftschadstoffe und der Richtlinie für Industrieemissionen zur Erreichung der Ziele der EU Luftqualitätsrichtlinie
- Nutzung natürlicher Ressourcen: Richtlinie über die Bewirtschaftung von Bioabfällen, Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse, Umsetzung der Bodenschutzstrategie, Strategie gegen Wasserknappheit und Dürren, Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie.

Das vollständige 18-Monats-Programm des Rates kann unter dem folgenden Link herunter geladen werden: <http://register.consilium.europa.eu> (SI)

Termin

21.06.2010 Sitzung des EU-Umweltrats in Luxemburg

Neue EU-Kommission im Amt

Das Europäische Parlament hat die neue Kommission bestätigt. Unter Präsident Barroso werden die 26 Kommissionsmitglieder bis 2014 als "Regierung der EU" in ihren Aufgabengebieten tätig sein.

Neuer Umweltkommissar ist der Slowene Janez Potocnik. Für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung wurde der Rumäne Dacian Ciolos als EU-Kommissar benannt. Neu ist die Einrichtung einer Generaldirektion für Klima, die regelmäßig gemeinsame Arbeitssitzungen mit der Generaldirektion für Umwelt durchführt. Als Kommissarin wurde die Dänin Connie Hedegaard benannt, Neuer Energiekommissar ist der ehemalige Baden-Württembergische Minister Günther Oettinger.

Die Generaldirektion Umwelt der Kommission untersteht Kommissionsmitglied Janez Potocnik und wird vom Generaldirektor Karl Falkenberg geleitet. Die GD Umwelt besteht aus 7 Direktionen. Der Bereich Nachhaltige Produktion und Verbrauch unter Leitung von Klaus Kogler untersteht der Direktorin Soledad Blanco für Industrie. Um die Umwelt vor schädlichen Einflüssen zu schützen und zu verbessern hat die Generaldirektion Umwelt die Aufgabe Gesetzesvorschläge für den Umweltsektor zu unterbreiten. Die vier prioritären Aufgabenbereiche sind Klimawandel; Natur und Biodiversität; Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität sowie natürliche Ressourcen und Abfall.

Die Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der Kommission untersteht Kommissionsmitglied Dacian Cioloş. Unter der Leitung von Generaldirektor Jean-Luc Demarty ist sie für die Agrarpolitik und die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zuständig. Letztere wird in Verbindung mit den anderen an der Strukturpolitik beteiligten Generaldirektionen durchgeführt. Die GD Landwirtschaft und ländliche Entwicklung besteht aus 13 Direktionen, die sich mit allen Aspekten der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beschäftigen - d.h. von der Marktorganisation über ländliche Entwicklungspolitik, Finanzangelegenheiten bis hin zu Agrarfragen im internationalen Bereich.

Weitere Informationen zur EU Kommission finden sie unter <http://ec.europa.eu>. (SI)

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesgütegemeinschaft
Kompost e.V.

Bearbeitung

Dr. Bertram Kehres (v.i.S.d.P.)
Dr. Stefanie Siebert

Bilder

Horst Müller, Weibern
Stefanie Siebert, Bochum

Anschrift

Bundesgütegemeinschaft
Kompost e.V.
Von-der-Wettern-Straße 25
51149 Köln-Gremberghoven
Tel.: 02203/35837-0
Fax: 02203/35837-12
Email: info@kompost.de
Internet: www.kompost.de

Datum

01.04.2010

Veranstaltungen

15.04.-16.04.2010, Perugia (Italien)

ISWA Beacon Conference on Biological Treatment of Waste

Management of biowaste, production of renewable energy, recovery of organic matter, mitigation of climate change „Diving strategies, achieving goals“

Info: www.iswa.org

29.06.-03.07.2010, Kreta (Griechenland)

ORBIT 2010 - Organic Resources in the Carbon Economy“

Info: www.orbit2010.gr